



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.067.505

Wien, am 24. März 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat DI Deimek, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Jänner 2023 unter der Nr. **13677/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Nutzung von Jobsharing-Modellen zur Unterstützung von Teilzeitkräften“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

1. *Wie viele Bedienstete Ihres Ressorts arbeiten in Teilzeit? (Bitte um Angabe in absoluten Zahlen sowie des Prozentanteils.)*
2. *Werden in Ihrem Ressort bereits einzelne Planstellen durch zwei oder mehrere Bedienstete ausgefüllt?*
 - a. *Wenn ja, um wie viele Vollzeit-Planstellen handelt es sich?*
 - b. *Wenn nein, gibt es dahingehend Pläne?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
3. *Gibt es in Ihrem Ressort Pilotprojekte, bei denen Jobsharing angewendet und/oder getestet wird?*
 - a. *Wenn ja, bis wann laufen diese Pilotprojekte?*

- b. Wenn ja, wird es diesbezüglich eine Evaluierung geben?*
 - c. Wenn ja, wird diese Evaluierung veröffentlicht?*
 - d. Wenn nein, sind entsprechende Pilotprojekte geplant?*
 - e. Wenn nein, warum nicht?*
- 4. Werden in ausgelagerten Gesellschaften oÄ. in Ihrem Verantwortungsbereich bereits einzelne Arbeitsstellen durch zwei oder mehrere Arbeitnehmer ausgefüllt?*
 - a. Wenn ja, um wie viele Arbeitsstellen handelt es sich? (Bitte um Auflistung je Gesellschaft sowie um Angabe in absoluten Zahlen und des Prozentanteils.)*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*
- 5. Gibt es in ausgelagerten Gesellschaften oÄ. in Ihrem Verantwortungsbereich diesbezüglich Pläne?*
 - a. Wenn ja, in welchen?*
 - b. Wenn ja, wie lauten diese jeweils konkret?*
 - c. Wenn nein, warum nicht?*

Im Hinblick auf die EntschlieÙung BGBl. II Nr. 98/2022 betreffend Übertragung bestimmter, zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten an mich, wonach gemäß Abs. 2 dieser EntschlieÙung Aufgaben der Personalverwaltung und der Organisation in der Zuständigkeit des Bundeskanzlers verbleiben, darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 13683/J vom 25. Jänner 2023 durch den Bundeskanzler verweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab